

### Inhaltsverzeichnis

Jahresausblick 2008 der Sparte Gewerbe und Handwerk .....	Seite 1
Versagen der Mitarbeitervorsorgekassen bei Veranlagung der Gelder! .....	Seite 2
„Lohnnebenkostensenkung ist beste Förderung der KMUs!“ .....	Seite 2
„Hohe Steuereinnahmen - den Österreichern wird das Geld aus der Tasche gezogen!“ .....	Seite 3
„Leitzins der EZB ist so rasch als möglich zu senken!“ .....	Seite 3
„Rauchverbot: Wahlfreiheit für den heimischen Tourismus!“ .....	Seite 4
„Ladenöffnungszeiten neu: Wer schützt die Greisler?“ .....	Seite 4
„KMU als Motor der Wirtschaft - Arbeitsplätze durch Wettbewerbsfähigkeit!“ .....	Seite 5

### BO Amann zum Jahresausblick 2008 der Sparte Gewerbe und Handwerk: Gewitterwolken ziehen auf! Utl.: Sofortige Steuerreform ist unabdingbar!

Trübe Aussichten prognostiziert der stv. Obmann der Bundessparte Gewerbe und Handwerk, RFW-Bundesobmann KommR Ing. Fritz Amann, für die rund 90.000 Unternehmen der Branche. Die Voraussetzungen für unsere Betriebe sind im Jahresvergleich deutlich schlechter geworden. Die Inflation liegt bei 3,1 Prozent, die Kosten für Treibstoff haben um 30 Prozent zugelegt und die Kosten für Kapitalbeschaffung sind in den vergangenen 12 Monaten um 72 Prozent gestiegen. Für das erste Quartal 2008 ist der Optimismus der Unternehmer daher nicht mehr in dem Maße vorhanden, wie noch 2007, so die Einschätzung des RFW-Bundesobmannes.

Amann dazu: „Die nun andiskutierte Steuerreform darf kein Minderheitenprogramm sein. Es muss deutliche Impulse, sowie eine planbare und sichtbare Unterstützung für den Mittelstand geben, schließlich erbringt der Mittelstand rund 70 Prozent des Steueraufkommens. Klar ist aber auch, dass eine Steuerreform von guter Produktivität, sowie einem schlanken Verwaltungsapparat begleitet werden muss. Von dem Ziel einer Verwaltungsreduktion von 25 Prozent ist man derzeit deutlich entfernt und daher hat die Regierung dringenden Handlungsbedarf.“

Die Steuerreform-Forderungen des Gewerbes zielen auf eine einheitliche Unternehmenssteuer und zwar unabhängig von der Rechtsform. 80 Prozent der Unternehmen im Bereich Gewerbe und Handwerk sind Personengesellschaften, die ihren Gewinn zum Höchstsatz versteuern müssen. Angesichts der angespannten Ertragslage sei hier dringender Handlungsbedarf gegeben.



Auch die Beseitigung der kalten Progression ist ein Muss, schließlich ist der Staat momentan der größte Nutznießer von guten KV-Abschlüssen und Gehaltserhöhungen“, so Amann.

Deutlich spricht sich Amann auch für eine Beibehaltung der Wohnbauförderung aus. Die Wohnbauförderung muss bleiben, denn sie schafft Beschäftigung und liefert insgesamt wichtige gesamtwirtschaftliche Impulse. Ein gutes Instrument sollte man also nicht so einfach wegwerfen, so der RFW-Bundesobmann abschließend.

OTS-Meldung 9.1.2008



## BO Amann kritisiert Versagen der Mitarbeitervorsorgekassen bei Veranlagung der Gelder! Utl.: Abfertigungs-Gelder der Arbeitnehmer real weniger wert!

Als blamablen Flop bezeichnet der RFW-Bundesobmann und freiheitliche Wirtschaftssprecher im Vorarlberger Landtag, KommR Ing. Fritz Amann, die Entwicklung der Mitarbeitervorsorgekassen.

„Die durchschnittliche Jahresperformance der angelegten Abfertigungsgelder aller neun Kassen betrug im vergangenen Jahr mickrige 1,94 Prozent. Wenn man jetzt die Jahresinflationsrate von 2,2 Prozent abzieht, so wurden die Abfertigungs-Gelder der Arbeitnehmer real gesehen weniger wert. Ich halte es für eine Frechheit, wenn man derart unprofessionell mit treuhänderisch übergebenen Geldern umgeht“, so Amann.

„Wenn die Abfertigungskassen die Gelder der rund 319.000 ihnen anvertrauten Arbeitnehmer auf das „berühmte“ Sparbuch gelegt hätten, wären selbst nach Abzug der Kapitalertragssteuer rund 2,5 Prozent Rendite herausgekommen. Und dafür hätte man nicht einen gewaltigen Verwaltungsapparat gebraucht“, kritisiert der RFW-Bundesobmann.

„Sollte sich der Börsentrend, der sich seit Jahresbeginn abzeichnet, fortsetzen, so gehen die von den Abfertigungskassen verwalteten Gelder der Arbeitnehmer schweren Zeiten entgegen. Hält dieser skandalöse Veranlagungspusch weiter an, so wird man diesen Kassen ordentlich auf die Finger klopfen müssen, denn sonst wird am Ende nur ein aufgeblähter Verwaltungsapparat und kein Geld für die Arbeitnehmer übrig bleiben. Die Wirtschaft jedenfalls wird nicht bereit sein, diesen Veranlagungspusch mit höheren Beiträgen zur Abfertigung neu auszugleichen, wie dies seitens der Gewerkschaft schon angedacht werde, betont der RFW-Bundesobmann, KO KommR Ing. Fritz Amann, abschließend.



OTS-Meldung, 22.1.2008

## BO Amann: Lohnnebenkostensenkung ist beste Förderung für KMUs!

Utl.: Entlastung des Faktors Arbeit bringt mehr als jedes Förderungsprogramm für den Mittelstand!

Besser als jede Förderungsoffensive für den Mittelstand wäre eine rasche Senkung der im EU-Wettbewerb viel zu hohen Lohnnebenkosten, so der RFW-Bundesobmann und freiheitliche Wirtschaftssprecher im Vorarlberger Landtag, KO KommR Ing. Fritz Amann, in einer Aussendung.

Amann dazu: „Der Faktor Arbeit ist in Österreich einfach viel zu teuer. Vor allem die KMUs mit Lohntangenten jenseits der 50 Prozent haben im globalisierenden und grenzüberschreitenden Wettbewerb kaum Chancen. Hier mit Förderungen den Ausgleich zu suchen, ist daher der falsche Weg. Anstatt mit dem Gießkannenprinzip oft parteipolitisch motiviert Förderungen zu verteilen, soll man steuerlich entlasten sowie wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen schaffen.“

Der Mittelstand soll nicht zum Bittsteller der Politik verkommen, sondern sich dem Wettbewerb mit den gleichen Waffen stellen können wie seine Mitbewerber. Daher muss der Kostenfaktor Arbeit gesenkt, sowie unnötige Bürokratie abgeschafft werden. “

Der Staat soll Wirtschaftspolitik durch vernünftige Rahmenbedingungen ermöglichen und nicht durch das Verteilen von Subventionen, die zwangsläufig zur politischen Abhängigkeit von Regierungsparteien führen. So ist der RFW auch dafür, dass die Vergabe von Subventionen der Willkür der Politik entzogen und im Rahmen eines Rechtsanspruches auf Basis klar definierter Zielsetzungen garantiert werde. Dadurch werde der parteipolitische Einfluss in der Wirtschaftsförderungspolitik zugunsten eines fairen Wettbewerbs deutlich eingeschränkt.

So haben Steuerentlastungen für die KMUs, sowie die Senkung der Lohnnebenkosten und Abbau der Bürokratie Vorrang vor der Verteilung von Förderungen. Die beste Wirtschaftsförderung ist nämlich jene, die man nicht in Anspruch nehmen muss, weil die Rahmenbedingungen stimmen und daher im Wettbewerb bestehen und somit wirtschaftlich erfolgreich ein Unternehmen führen kann, so der RFW-Bundesobmann und FP-Wirtschaftssprecher, KO KommR Ing. Fritz Amann, abschließend.

OTS-Meldung, 21.1.2008



## Hohe Steuereinnahmen: Den Österreichern wird das Geld aus den Taschen gezogen! Utl.: Krenn: „Fordere eine Steuerreform vor 2010 und niedrigere Lohnnebenkosten!“

Steigende Steuereinnahmen für den Finanzminister und immer weniger in den Taschen der heimischen Bevölkerung – das ist für Matthias Krenn, WKÖ-Vizepräsident und stellvertretender Bundesobmann des Ringes Freiheitlicher Wirtschaftstreiber und Unabhängiger (RFW) eine inakzeptable Tatsache: „Finanzminister Molterer hat im vergangenen Jahr 1,5 Milliarden Euro an Mehreinnahmen generiert und was hat die heimische Bevölkerung davon? Nichts, außer dass sie für die immer neuen Belastungen dieser Regierung zur Kassa gebeten werden und auch in den nächsten Jahren unvermindert geschöpft werden sollen.“

Deshalb appelliert WKÖ-Vizepräsident Krenn an die Regierung, hier so rasch wie nur möglich zu handeln: „Der Herr Finanzminister stopft sich die Taschen unter anderem über die kalte Progression voll, den brav arbeitenden Bürgern bleibt nichts außer immer noch höhere Belastungen. Das kann so nicht akzeptiert werden“, meint Krenn in einer Aussendung.

Einer Verhöhnung der Steuerzahler gleich kommt dann noch die Tatsache, dass diese Mehreinnahmen, die der Finanzminister im letzten Jahr einsacken konnte, nicht zur Reparatur der Staatszinsen heran-

gezogen werden können, da durch das unverantwortliche Handeln der Länder der Überschuss aufgefressen wird: „Kein Wunder, dass sich Herr und Frau Österreicher manchmal vorkommen, als würden sie in Schilda leben. Sie arbeiten mehr, zahlen immer mehr an Steuern, im Geldbörsel bleibt kaum etwas, nur das Staatsdefizit wird und wird nicht weniger.“



Deshalb fordert Krenn die großkoalitionären Damen und Herren auf, hier endlich zu handeln, und die längst überfällige Steuerreform vorzuziehen, die Lohnnebenkosten deutlich zu senken, die Zeiten der kalten Progression durch eine automatische Valorisierung umgehend zu beenden und die Verwaltungs- und Bürokratierreform endlich zu realisieren: „Bleiben diese Dinge weiterhin auf der langen Bank, hat die große Koalition ihren Regierungsauftrag ad absurdum geführt“, so Krenn abschließend.

OTS-Meldung, 1.2.2008

## WKÖ-VP Matthias Krenn: "Leitzins der EZB ist so rasch als möglich zu senken!"

Utl.: Europäische Zentralbank soll sich an US-Notenbank ein Vorbild nehmen!

Auf Grund der problematischen Lage an den internationalen Finanzmärkten hat die amerikanische Notenbank in den letzten Tagen ihren Leitzins erneut um weitere 0,5 Prozentpunkte auf drei Prozent gesenkt. Damit soll u. a. der Handel an der Börse stabilisiert werden.

Matthias Krenn, Vizepräsident der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) und stellvertretender Bundesobmann des Ringes Freiheitlicher Wirtschaftstreiber und Unabhängiger (RFW), nimmt dies zum Anlass, um auch eine Zinssenkung auf europäischer Ebene zu fordern: "Um einen weiteren Anstieg des Euro gegenüber dem Dollar zu vermeiden, und die Wirtschaft durch Verbilligung der Kredite nachhaltiger zu beleben, ist auch ein entsprechender Zinssenkungsschritt der EZB dringend notwendig. Es kann nicht angehen, dass in Amerika das Geld quasi billiger wird, aber wir hier in

Europa unseren Leitzins so gut wie einbetonieren", so Krenn in einer ersten Stellungnahme.

In Zeiten wie diesen, wo es an den internationalen und heimischen Börsen an allen Ecken und Enden kracht, muss hier von höchster Stelle aus flexibler und rascher reagiert werden. "Ich fordere deshalb die Verantwortlichen in Österreich auf, ihre in der EU hoffentlich doch gewichtige Stimme zu erheben und die Senkung des Leitzinses auch bei uns so rasch als möglich einzufordern", so WKÖ-Vizepräsident Krenn am Ende seiner Ausführungen.

OTS-Meldung, 1. 2.2008



## WKÖ-VP Matthias Krenn fordert weitherhin Wahlfreiheit für den heimischen Tourismus Utl.: Unglaubliche Forderung nach Rauchverbot von ÖHV-Präsident Schellhorn!

"Wäre heute der 1. April, würde ich die Aussagen des ÖHV-Präsidenten Schellhorn glatt für einen Aprilscherz halten. Leider sind die Forderungen Schellhorns bezüglich eines strikten Rauchverbotes in keinsten Weise ein vorgezogener Scherz, sondern unglaubliche Realität", kritisiert der WKÖ-Vizepräsident und stellvertretende Bundesobmann des RFW (Ring Freiheitlicher Wirtschaftstreibender und Unabhängiger) die Stellungnahme Schellhorns rund ums Thema Rauchverbot.

Für Krenn ist es unglaublich, dass Schellhorn - selbst Hotelier in Salzburg - überhaupt eine solche Forderung aufstellt: „Das geht ganz klar gegen die Wirtschaftstreibenden vor allem im Bereich Gastronomie. Natürlich ist ein Rauchverbot, beispielsweise in Hotelzimmern oder reinen Speisesälen durchaus sinnvoll und von einer Reihe von Hoteliers auch schon so umgesetzt.“

Der österreichische Hotelier oder Lokalbesitzer soll auch weiterhin selbst über rauch- und rauchfreie Bereiche entscheiden können: „Die Wirtschaftstreibenden wissen genau, was ihre Gäste und Besucher wünschen, und so sollten sie auch handeln können. Sprich, sie sollten frei entscheiden können, ob sie ein Raucher- oder Nichtraucherlokal sind, ob sie ihr Hotel rauchfrei halten oder nicht.

Schellhorn steht es natürlich frei, sein eigenes Hotel zur generell rauchfreien Zone zu erklären. Er sollte jedoch in seiner Funktion als ÖHV-Präsident solche Generalverbote durch überflüssige Gesetzverschärfungen seinen Hoteliers- und Gastronomiekollegen nicht aufzwingen wollen“, so Krenn weiter in seinen Ausführungen.



Die Begründung, dass es in geraumer Zeit sowieso ein generelles Rauchverbot im gesamten EU-Raum geben wird, hat für Krenn so keine Gültigkeit: „Gesetze gegen das Rauchen liegen noch nicht im Bestimmungsbereich der Europäischen Union. Hier kann noch immer das jeweilige Land selbst entscheiden und wir sollten uns alle dafür einsetzen, dass wenn schon ein Rauchverbot kommt, wir die beste Lösung für die heimischen Wirtschaftstreibenden verhandeln und nicht dem Unternehmer noch mehr Prügel vor die Füße werfen - und das noch von ihren eigenen Vertretern“, so Vizepräsident Krenn abschließend.

OTS-Meldung, 16.1.2008

## LO KommR Walter Fischer: Ladenöffnungszeiten neu: Wer schützt die Greißler?

Utl.: "Die Verantwortlichen der Sparte Handel in der WKNÖ sind dringend gefordert!"

Die neuen Öffnungszeiten bei Billa, Spar & Co machen den kleinen Nahversorgern das Unternehmerleben noch schwerer:

"Vor allem im Frühgeschäft kommt es zu Einbußen bis zu 40 %", gibt RFW-Niederösterreich Landesobmann KommR Walter Fischer zu bedenken. "Diese frühen Öffnungszeiten verbunden mit billigsten Lockangeboten bringen die Nahversorger um."

Fischer nimmt hier auch die Sparte Handel innerhalb der Wirtschaftskammer Niederösterreich in die Verantwortung: "Dem Handel wurde von den zuständigen Funktionären versprochen, dass sie im Zuge der neuen Ladenöffnungszeiten mehr Schutz und Unterstützung von Seiten der Wirtschaftskammer erhalten! Und wie bitte sieht dieser Schutz jetzt aus? Wo sind die Damen und Herren der Wirtschaftskammer, wenn es darauf ankommt?"

Allein im Raum Baden sperren in nächster Zeit vier Nahversorger für immer ihre Geschäftstüren zu: "Das braucht

niemanden zu verwundern. Durch die neuen Ladenöffnungszeiten wurde den großen Handelsketten die Chance gegeben, noch mehr Druck auf die kleinen Unternehmer auszuüben. Die meisten Greißler halten dem natürlich nicht stand, ihnen wird einfach so ihre Existenzgrundlage genommen."



Ein weiterer Stein, der den kleinst-, klein- und mittleren Unternehmern hier vor die Füße geworfen wird: "Und die Wirtschaftskammer sieht wie immer tatenlos zu, wie ihren Mitgliedern das Leben schwerer und fast schon unmöglich gemacht wird. Wir vom RFW werden mit allen Mitteln, die uns zur Verfügung stehen versuchen, die Händler in ihrem Kampf gegen die Großen zu unterstützen", so Fischer abschließend.

OTS-Meldung, 15.1.2008



## KMU als Motor der Wirtschaft - Arbeitsplätze werden durch Wettbewerbsfähigkeit geschaffen! Utl.: RFW-Neujahrsempfang am 24. Jänner 2008 - Zusammenfassung der Rede von BO KommR Ing. Fritz Amann

Das Jahr 2007 liegt hinter uns. Zusammenfassend kann man sagen: Der Wirtschaft, im besonderen dem Mittelstand, ist es gut gegangen. Die Unternehmerkollegen haben die Konjunktur genützt, Gewinne gemacht, mehr Leute beschäftigt, in Technologie und Produktion investiert, um die Zukunft für einen starken Wirtschaftsstandort vorzubereiten.

Die KMU's haben ihren Beitrag dazu geleistet, dass Österreich das drittreichste Land in der Europäischen Union ist. Ihre Hausaufgaben nicht erledigt hat allerdings die Firma Österreich. Wie von der freiheitlichen Gesinnungsgemeinschaft immer wieder prophezeit, kann sich auch eine große Koalition - trotz ihrer Mehrheit - nicht rasch genug auf neue Situationen und Konstellationen einstellen.

Anders lässt es sich nicht erklären, dass die Regierung trotz enormer Mehreinnahmen das geplante Budgetdefizit von minus 0,7 Prozent nicht erreicht hat. Das heißt, der Zinsendienst von jährlich 6,6 Milliarden ist somit weiter gestiegen. Bei einem Wirtschaftswachstum von 3,2 Prozent dürfte eigentlich ein Budgetüberschuss nicht zu verhindern sein. Bei einer Änderung von minus 0,7 Prozent auf plus „null-komma-irgendetwas“ sprechen wir in der Wirtschaft übrigens sowieso nicht von notwendigen Reformen, sondern von kosmetischen Korrekturen.

Sehr überraschend ist auch die Tatsache, dass 2/3-Mehrheiten nicht dazu genützt werden, verkrustete Strukturen zu dynamisieren, sie dem Wandel der Zeit anzupassen - im Gegenteil - sie werden zum Teil sogar noch einbetoniert; zum Beispiel werden aus gesetzlichen Pflichtmitgliedschaften staatliche Zwangsmitgliedschaften gemacht.

„Eine große Koalition ist kein Wunderding!“, sagte ein ernüchterter Vizekanzler Molterer in einem Standard-Interview. Der Staatspräsident rügt die Bundesregierung öffentlich in seiner Neujahrsansprache und Frau Sylvia Wörgetter bringt es im Leitartikel der Salzburger Nachrichten unter dem Titel „Zukunft auf dem Abstellgleis“ auf den Punkt: „Wo Rot-Schwarz die Weichen gestellt hat, führen diese auf ein Abstellgleis. Auf einem solchen parken mittlerweile die Schulreform, die Staatsreform, die Gesundheitsreform, die Pflegereform und die Einwanderungsreform.“

Große Lösungen brauchen große Mehrheiten. Aber zuerst braucht es dazu große Ziele und eine passende Strategie, wie z.B. das in Lissabon im Jahr 2000 verabschiedete

Programm, welches zum Ziel hat, die EU bis zum Jahr 2010 zum wettbewerbsfähigsten, wissensgestüttesten Wirtschaftsraum der Welt zu machen. Auch wenn 2005 die Strategie der europäischen Staats- und Regierungschefs hin zu mehr Wachstum und Beschäftigung ausgerichtet wurde, bleibt auch dafür als klare Voraussetzung die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Gesamtsystems erhalten. Dazu benötigen wir aber auch das beste Bildungssystem.

Der Bundes-RFW hat 2007 mit der „modularen, dualen Lehrlingsausbildung“ einen umfassenden Vorschlag zu einer grundlegenden Reform des Ausbildungssystems vorgelegt. Denn eines der reichsten Länder dieser Welt braucht eines der besten Ausbildungssysteme. Unser Ziel ist die Heranbildung von wertorientierten, ganzheitlichen Persönlichkeiten mit individuell geförderten Talenten und Potenzialen. Es darf nicht sein, dass die Inhalte auf Kosten einer Systemdiskussion auf der Strecke bleiben.

Wir wollen auch die Lehrer und die vermittelnden Ausbildungsziele in die Pflicht nehmen. Es ist vor allem das, was gelehrt und gelernt wird von Bedeutung. Aus Sicht der Wirtschaft fällt da vor allem eines auf: Laut einem Ende letzten Jahres veröffentlichten OECD-Bericht sind in China oder Südkorea beinahe 40 Prozent aller Hochschulabschlüsse aus dem Bereich „Wissenschaft und Technik“. In Deutschland, Schweden oder Finnland sind es über 30 Prozent. Weit abgeschlagen rangiert Österreich. Hier sind es gerade noch 25 Prozent, was sich im Facharbeitermangel gerade im technischen Bereich deutlich bemerkbar macht.

Faktum ist, dass die kleinen und mittleren Unternehmen das Rückgrat der österreichischen Wirtschaft bilden. Mehr als 215.000 Unternehmen beschäftigen über 1,5 Millionen Arbeitnehmer und erwirtschaften einen Gesamtumsatz von knapp 260 Milliarden Euro. 99,6 Prozent aller Unternehmen Österreichs zählen lt. EU-Definition zu den KMUs. Diese stellen rd. 65 Prozent aller Arbeitsplätze und erwirtschaften rd. 60 Prozent der Gesamterlöse. Darüber hinaus tätigen sie jährlich 55 Prozent der gesamten Bruttoinvestitionen.

Die enorme gesamtwirtschaftliche Bedeutung wird weiters dadurch gekennzeichnet, dass die KMUs etwa 80 Prozent der Ertragssteuern und rd. 70 Prozent des Umsatzsteueraufkommens leisten. Allein die Tatsache, dass der Mittelstand fast 2/3 der Wertschöpfung generiert, lässt erkennen, wie wichtig diese technische Ausrichtung für die Zukunft des Wirtschaftsstandortes ist.



Allein die Tatsache, dass der Mittelstand fast 2/3 der Wertschöpfung generiert, lässt erkennen, wie wichtig diese technische Ausrichtung für die Zukunft des Wirtschaftsstandortes ist. Für die internationale Wettbewerbsfähigkeit sind weiters auch die besten Facharbeiter unverzichtbar. Großbritannien hat angesichts des aufkommenden Techniker- und Fachkräftemangels rechtzeitig reagiert und seine Grenzen für qualifizierte Arbeitnehmer aus anderen EU-Staaten geöffnet. Sie haben die Zeichen der Zeit erkannt und den Kampf um die besten Köpfe in Europa angenommen. In Österreich hat man diese Entwicklung – trotz frühzeitiger und eindringlicher Warnungen von Seiten der Wirtschaft – fahrlässig ignoriert.

Das Ergebnis bekommen wir heute präsentiert. Angesichts des ausgetrockneten Arbeitsmarktes wird das Finden qualifizierter Mitarbeiter als die größte Herausforderung in den kommenden fünf Jahren angesehen und die Suche nach Fachkräften wird durch die übermächtige Industrie für den Mittelstand noch weiter verschärft.

Faktum ist, dass das Wirtschaftswachstum durch den Fachkräftemangel niedriger ausfallen wird und daher müssen wir als Übergangsregelung branchenspezifisch hoch qualifizierte Facharbeiter ins Land holen und zwar begrenzt bis wir über eigenes Fachpersonal verfügen, das von uns bestens ausgebildet wird und nicht wie vom „Sandkastentraum-Kanzler Gusi“ durch Umschulung in ein paar Monaten zur Verfügung steht.

Eigentlich müsste der Finanzminister dafür kämpfen, dass wir mehr Fachkräfte bekommen, um mehr Wertschöpfung in Österreich zu erwirtschaften und damit auch mehr Steuern in Österreich zu zahlen. Die Regierung hat allerdings im Laufe der Zeit immer mehr Barrieren errichtet, die uns in unserer Entwicklung behindern und unsere Konkurrenzfähigkeit im internationalen Wettbewerb schwächen.

So auch im Bereich der Arbeits-Rahmenbedingungen. Hier benötigen wir dringend Reformen! Die Politik, die Sozialpartner, wir alle müssen dafür sorgen, dass wir Rahmenbedingungen schaffen, die wettbewerbsfähiges Wirtschaften ermöglichen und fördern. Dazu gehört eine weitere Flexibilisierung der Arbeitszeit, die es den Unternehmen ermöglicht, eben „flexibel“ auf Auftragspitzen reagieren zu können. Dazu gehört natürlich auch eine Senkung der Arbeitszusatzkosten, für die sich der RFW auch 2008 weiter vehement einsetzen wird.

„Österreich belastet Arbeit zu stark“, kritisiert die OECD völlig zu Recht. Mit einer umfassenden Steuerreform müssen wir uns von dieser Leistungsbestrafung endgültig weg bewegen. Vor allem bei der Finanzierung unseres Gesundheits- und Pensionssystems besteht umgehender Handlungsbedarf. Trotz der europaweit zweithöchsten Sozialabgaben ist unser System auf Dauer nicht mehr leistbar. Daher brauchen wir eine Politik, die den nicht gerechtfertigten Anstieg der Kosten im Gesundheitssystem eindämmt, eine echte Reform vorantreibt und ein nachhaltig finanziertes Pensionssystem, welches die kommenden demografischen Entwicklungen berücksichtigt, einführt.

Schweden hat eine 70-prozentige Erwerbstätigenquote bei Menschen im Alter von 55 bis 64 Jahren. In Österreich liegt diese Zahl bei 33 Prozent. Es liegt auf der Hand, dass hier etwas nicht stimmen kann. „Wir haben eine Kultur der Frührentierung entwickelt – und alle machen mit!“, formuliert es Bernhard Felderer treffend. Dieser gilt es entschieden, entgegen zu wirken, um die wertvollen Mitarbeiter und deren Erfahrungen im österreichischen Wirtschaftsleben erhalten zu können. Wir brauchen den Einsatz und das Know-How unserer älteren Arbeitnehmer und müssen dafür sorgen, dass sie sich mit unseren Unternehmen identifizieren und hoch motiviert bis zum Tag ihrer verdienten Pensionierung mit anpacken.

Erlauben Sie mir zum Schluss noch einmal klarzustellen, dass die Grundlage für unseren Wohlstand die Wettbewerbsfähigkeit unseres Gesamtsystems ist – vom Ein-Mann-Betrieb bis hin zum Staat. Denn die Arbeitsplätze werden nicht von der Regierung, den Kammern oder der Gewerkschaft geschaffen, sondern von unserer Wettbewerbsfähigkeit auf dem internationalen Parkett. Nur das bringt Aufträge – und damit Beschäftigung und Wohlstand.

Ich möchte hier den Vorarlberger Landeshauptmann aus einem aktuellen Interview zitieren: „Die Wirtschaftspolitik des Landes muss auch für die Zukunft günstige Rahmenbedingungen für die Entwicklung von Wirtschaftskraft und Wettbewerbsfähigkeit schaffen. Passen die Rahmenbedingungen, so können heimische Unternehmen wachsen und neue, attraktive und sichere Arbeitsplätze schaffen.“ Von einer solchen Einstellung und den daraus resultierenden Taten wird nicht nur die Wirtschaft langfristig profitieren. Damit würden wir auch die Firma Österreich vom Abstellgleis holen und auf eine wettbewerbsfähige Schiene stellen.

Für mehr Informationen besuchen Sie unsere Homepage - [www.rfw.at](http://www.rfw.at)!

